



**Antworten der
Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Deutschen Naturschutzbundes
zur Europawahl 2014**

Klima & Energie

Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Treibhausgaseinsparungen von 40 Prozent bis 2030 sind zu wenig, um eine gefährliche Erderwärmung über zwei Grad zu verhindern. Das Ausbautempo für erneuerbare Energien und Effizienz würde gegenüber heute deutlich gedrosselt. Unterstützen Sie eine Erhöhung der Ambition und drei verbindliche Ziele für Treibhausgasreduktionen, erneuerbare Energien und Energiesparen?

Antwort:

Die Europäische Union nimmt eine Vorreiterrolle in der weltweiten Klimaschutz- und Energiepolitik ein. Dies ist auch für die Zukunft unser Anspruch. Deshalb setzt sich die CSU dafür ein, dass die bestehenden Zielsetzungen in den Bereichen Treibhausgasreduktion, Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien bis 2020 erreicht werden. Auch für die Zeit nach 2020 sind in diesen Bereichen ambitionierte Ziele erforderlich, für die wir nachdrücklich eintreten. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent bis 2030 halten wir für zielführend und realistisch.

Werden Sie eine Reparatur des Emissionshandels vorantreiben, damit von diesem Instrument wieder Anreize für klimafreundliche Investitionen und Innovationen ausgehen?

Antwort:

Der Europäischen Union kommt als größtem zusammenhängendem Markt der Welt eine besondere Verantwortung bei der Bewahrung der Schöpfung zu. Deshalb setzt sich die CSU für eine marktwirtschaftliche Weiterentwicklung des gemeinsamen europäischen Emissionshandelssystems als zentralen Baustein der europäischen Klimaschutzpolitik ein. Dabei muss die Reduzierung der emittierten Treibhausgasmenge zentrales Ziel des Emissionshandels bleiben. Korrekturen sollten grundsätzlich nur erfolgen, wenn die Ziele zur Minderung der Treibhausgase nicht erreicht werden.

Agrarpolitik

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss ein Instrument zur Förderung einer bäuerlichen und ökologischen Agrarkultur werden und damit zum Schutz der Böden, zum Erhalt von Natur und Artenvielfalt sowie zum Tierwohl beitragen. Werden Sie Ihr Mandat nutzen, um das Konzept der flächengebundenen Tierhaltung für alle Betriebe verpflichtend einzuführen und die Förderung heimischer Futtermittelpflanzen zu stärken? Werden Sie sich im Rahmen der Halbzeitbe-

wertung der EU-Agrarpolitik im Jahr 2017 für ein anspruchsvolleres Greening und insbesondere für die Erhöhung der ökologischen Vorrangflächen auf sieben Prozent einsetzen?

Antwort:

Unser Leitbild ist die bäuerlich unternehmerische Landwirtschaft, getragen von den Landwirten und ihren Familien vor Ort. Besonders die regionale Verwurzelung, nachhaltiges Wirtschaften, Eigentum und Verantwortung für den Betrieb, aber auch für Gesellschaft und Umwelt sind uns dabei wichtig. Das ist weitgehend unabhängig von der Betriebsgröße und auch von den Tierzahlen. Gewerbliche Tierhaltungen müssen in die regionalen Gegebenheiten eingepasst und vor Ort akzeptiert sein. Das Wachstum unserer bäuerlichen Betriebe muss davon aber unberührt weiter stattfinden können. Gerade die bäuerliche Landwirtschaft garantiert eine hohe Landschafts- und Artenvielfalt und ist unverzichtbarer Arbeitgeber im ländlichen Raum. Unsere Landwirte sorgen für eine nachhaltige Produktion und erfüllen dabei die weltweit höchsten Umwelt- und Tierschutzaufgaben. Die Erfüllung der so genannten Cross-Compliance-Verpflichtungen und zusätzlicher Greening-Auflagen sind auch mit höheren Produktionskosten verbunden.

In der EU-Agrarpolitik will die CSU beide Säulen erhalten. Die europäischen Betriebe erfahren mit den Direktzahlungen eine Grundsicherung, können im internationalen Wettbewerb bestehen und eine flächendeckende Landbewirtschaftung gewährleisten. Wir wollen die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe in Europa erhalten. Die Struktur der kleinteilig organisierten bayerischen Landwirtschaft muss in der europäischen Landwirtschaftspolitik besondere Berücksichtigung finden, damit die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern eine langfristige Perspektive hat. Deshalb treten wir für zielgerichtete Agrarbeihilfen ein, die den Erzeugern Planungssicherheit geben und gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt stärken. Unser Ziel ist es, Landwirtschaft und Umwelt noch enger miteinander zu verzahnen. Gleichwohl müssen die Greening-Auflagen der Kommission praxisnah ausgestaltet sein. Über die 2. Säule werden wir weiterhin zukunftsfähige Entwicklungen im ländlichen Raum fördern und zusätzliche Umweltprogramme finanzieren. Wir sehen die GAP als Prozess, der sich analog wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Erkenntnisse weiterentwickeln muss. Die Unterschiedlichkeit der einzelnen Regionen muss dabei ausreichend beachtet werden.

Heimische Eiweißfuttermittel

In der Europäischen Union und damit auch in Bayern ist die Tierhaltung bisher in hohem Maße auf die Einfuhr von Sojafuttermitteln aus Übersee angewiesen. Hinzu kommt der

Wunsch der Verbraucherinnen und Verbraucher nach Lebensmitteln, die mit gentechnikfreien Futtermitteln erzeugt werden. Es ist wichtig, Konsumenten und Landwirte die Wahlfreiheit zu ermöglichen. Die Ziele unseres Aktionsprogramms „Heimische Eiweißfuttermittel“ sind daher, unabhängiger von Eiweißfuttermittel-Importen aus Übersee zu werden, weil wir auf deren Produktion keinen Einfluss haben, mittelfristig den Einsatz von Importsoja in der Rinderhaltung zu halbieren und in der ökologischen Tierhaltung den Eiweißbedarf künftig ausschließlich aus heimischer Erzeugung zu decken. Wir wollen nicht nur einseitig den Anbau heimischer Eiweißpflanzen ausdehnen, sondern auch die Grundfutterleistung in der Rinderfütterung steigern, die Eiweißverwertung in der Schweinefütterung verbessern, das Potenzial eiweißhaltiger Nebenprodukte ausschöpfen sowie Forschung, Beratung und Wissenstransfer intensivieren. 15 bayerische Molkereien liefern bereits Produkte auf Grundlage GVO-freier Eiweißfütterung.

TTIP & CETA

Hinter verschlossenen Türen und ohne Beteiligung des EU-Parlaments verhandelt die EU-Kommission derzeit mit den USA und Kanada die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA, die Europaabgeordneten können die Freihandelsabkommen aber noch ablehnen.

Werden Sie im EU-Parlament gegen das TTIP und das CETA stimmen, wenn die Abkommen

- Sonderklagerechte für Unternehmen in so genannten Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeiten enthalten;*
- ein Kapitel zur regulatorischen Kooperation mit einem Regulierungsrat enthalten, der es möglich macht, Standards – also auch niedrigere US-Standards – gegenseitig anzuerkennen;*
- das EU-Vorsorge- und Verursacherprinzip umgehen und so den Weg frei machen für den Import von Gentech-Lebensmitteln, hormonbehandeltem Fleisch oder von in der EU bisher verbotenen Chemikalien?*

Antwort:

Die mittelständisch geprägte Bayerische Wirtschaft profitiert vom gemeinsamen Binnenmarkt. Dieser braucht klare und faire Wettbewerbsregeln, um zu funktionieren. Der Export ist das Herz der bayerischen Wirtschaft. Daher sind Freihandelsabkommen, die auf europäischer Ebene mit unseren Partnern in der Welt ausgehandelt werden, eine große Chance für die bayerische Wirtschaft. Das geplante Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten

bietet großes Potential, um das Wachstum in Europa anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb setzt sich die CSU für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen ein, in dem diese Wachstumsmöglichkeiten erschlossen und zugleich die europäischen Interessen gewahrt werden.

Keinesfalls dürfen durch Freihandelsabkommen die Entscheidungskompetenzen demokratisch legitimierter europäischer und nationaler Institutionen sowie die hohen europäischen Qualitätsstandards aufgeweicht werden - von den Auflagen bei der landwirtschaftlichen Produktion, der Sicherung der Daseinsvorsorge bis zum Datenschutz. Wir wollen verhindern, dass Genmais, Hormonfleisch oder chloriertes Hühnerfleisch durch die Hintertür auf den europäischen Markt gebracht werden. Bereits 2010 hat das Europäische Parlament auf Initiative der CSU-Abgeordneten mit großer Mehrheit die Schaffung eines 'Qualitätsaußenschutzes' beschlossen. Der Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier sowie der Umwelt sind Grundprinzipien der EU. Diese Standards sind nicht verhandelbar. Darüber hinaus treten wir in der Außenhandelspolitik für einen verbindlichen Schutz von Marken- und Eigentumsrechten ein. Eine Nivellierung der europäischen Kultur und Vielfalt werden wir nicht akzeptieren.

Kritisch sehen wir die geplante Schutzklausel für Investoren. Die Grundidee, Investoren vor Diskriminierung durch politische Entscheidungen zu schützen, hat sicherlich ihre Berechtigung. Jedoch darf die demokratische Grundordnung nicht durch Schiedsgerichtsklauseln ausgehöhelt werden. Die Erfahrungen mit dem Investorenschutz im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) sind uns dabei eine Warnung.

Naturschutz & Biodiversität

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Initiativen zu einer verbesserten Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie, der EU-Naturschutzrichtlinien und des Natura-2000-Schutzgebietsnetzwerkes, sowie der Wasserrahmenrichtlinie ergriffen werden?

Antwort:

Die CSU unterstützt die Zielsetzungen der EU-Biodiversitätsstrategie, der EU-Naturschutzrichtlinien, des Natura-2000-Schutzgebietsnetzwerkes und der Wasserrahmenrichtlinie. Wir wollen die Vielfalt der Lebensräume, Arten und Landschaften sowie die Leistungsfähigkeit des Ökosystems als Grundlage für eine lebenswerte Zukunft sichern und erhalten. Dafür sind auch weiterhin große Anstrengungen erforderlich.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Mitgliedstaaten dabei finanziell stärker unterstützt, insbesondere durch eine Stärkung des Finanzierungsinstrumentes LIFE?

Antwort:

Naturschutz und der Erhalt der Biodiversität sind grundlegend wichtige Aufgaben, für deren Umsetzung auch in Zukunft ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.